

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Absatzstellen 2 RM., im Monat, bei Lieferung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM., wöchentlich 10 Pf., alle Wochenblätter zusammen 70 Pf. (Inkl. Porto). Einzelnummern 5 Pf. (inkl. Porto). Druck- und Verlagskosten werden von den Abonnenten zu jeder Zeit bezuht.

Abzugspreis: Die 8-spaltige Komposit 20 Zeile, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamizelle im täglichen Blatt 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren werden nach Möglichkeit vermieden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen werden nur über den Redaktionsschreiber in Dresden gedruckt. Anzeigen nehmen alle Verwirrungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 290 — 89. Jahrgang — Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Sonnabend, den 13. Dezember 1930

## Neues und Altes.

Reichstagsferien. — Der verbotene Film. — Die letzte Chance.

Lärmjahren im Reichstag, — das ist schließlich nicht ungewöhnliches mehr; nur ungewöhnlich groß war der Lärm selbst. Und da nun der Reichstag für viele Wochen in die Ferien gehen soll, wird politisch wohl eine auch wieder recht ungewöhnliche Ruhe herrschen. Aber der Chronist muß noch etwas anderes Ungewöhnliches verzeichnen, was sich in diesem Jahre zur Weihnachtszeit nicht ereignete, in den vergangenen Jahren aber sozusagen zur lieben Gewohnheit geworden war: die **w e i h n a c h t l i c h e** Regierungskrise. Denn alljährlich klangen in die Weihnachtsglocken die mitklingenden Krisensdramen politischer Art hinein. Diesmal hat der zweimalige Ansturm der Opposition gegen das Kabinett Brünning nicht zu einer solchen Krise geführt. Auch das es bei der Regierung hieß: Eine Partei über Bord! — als die Wirtschaftspartei zur Opposition hinüberschwenkte und gleich auch noch den von ihr gestellten Justizminister mit sich nahm — hat zwar die über dem Kabinett hängenden dunklen Wolken zeitweise noch dichter, noch dunkler werden lassen, aber die Woge der Misstrauensanträge, des Verlangens nach Aufhebung der Rotverordnungen usw. haben nicht gezündet, sondern blieben „kalte Schläge“. Alles, oder zum mindesten größtenteils, hat der Reichstanzler innenpolitisch erreicht, was er vom Reichstagsstag verlangte; erreicht auch, daß es außenpolitisch nicht zu einer Beschlusfassung der deutschen Volksvertretung kam, — was hernach noch im hohen Hause am Platz der Republik, das die Zuchtkrist „Dem deutschen Volke“ trägt, in den Tagen bis zum Ferienbeginn geschehen ist, waren nur Redekämpfe zwischen den Parteien. Sachlich aber änderte sich im wesentlichen nichts mehr, ist Neues vom Reichstagsstag nicht zu vermeiden, was etwa so tief in die Weiteentwicklung der Dinge eingriff, wie es wohl alle Teile der Steuer- und Finanzreform tun, oder was andererseits so wichtig war wie die Stellungnahme der Reichstagsmehrheit, auch in den außenpolitischen Ablauf nicht eingreifen. In beidem hat Dr. Brünning den Reichstag auf „außerparlamentarischen Wegen umgangen.“ Gegenüber und die deutsche Volksvertretung hat dann, teilweise sehr ungenügend, nur noch Amen! dazu sagen können. Auch die allerletzten Verhandlungen der Opposition, schnell vor Toretschluß noch ein paar Minister „auf die Lanze zu nehmen“, schickerten am Willen der Mehrheit; die Schärfe der Redekämpfe im Reichstagsstag war daher eine fast verständliche Reaktion auf die Ausprägung der bisher zu einer wirklichen Lösung noch nicht gelangenen, unter der Oberfläche wühlenden Krise. Doch diese Tagesvorkommnisse sind in den Schöpfung der Vergessenheit hinab, wenn jetzt der Reichstagsstag für mehr als anderthalb Monate in die Ferien gehen wird und dann auf ihn für sechs Wochen entsprechend paßt, was 1870 der Generalquartiermeister v. Bodebiest melden ließ: „Vor Paris nichts Neues.“

Ein Ausfluß, eine Folgeerscheinung dieser weitverbreiteten innenpolitischen Spannungen war es aber auch, daß das aus dem Weltkrieg stammende „In Westen nichts Neues“ auf den Berliner Besten jedenfalls nicht zutrifft. Dort passierte vielmehr sehr viel „Neues“ beim Kampf um den **K e m e r q u e - F i l m**. Bei der Entscheidung, die zum Verbot führte, ist von Seiten verschiedener Behördenvertreter auch das richtige Wort geäußert worden, daß dort im Westen Berlins, am Kollondorplatz, wo der Film acht Tage lang lief und beinahe ebensolange die Gegendemonstrationen erfolgten, in Wahrheit zwei verschiedene politische „Weltanschauungen“ aufeinanderstießen. Und dieses Aufeinanderprallen war nicht ein örtlich beschränktes, das Grundfällige in diesem Streit wurde nicht für Berlin allein ausgetragen, sondern gerade die Anträge einzelner Länder führten die Überprüfung der ersten, den Film zulassenden Entscheidung und nun das Verbot herbei. Natürlich mußte dadurch die eine Seite, die eine „Weltanschauung“ befriedigt, die andere dagegen zu lautem Widerspruch gereizt werden, und die beiderseitigen Gefühlserregungen werden erst langsam abebben, noch länger im Echo nachklingen. Es sind harte Worte der Beurteilung dieses Films gefallen, wurden aber auch Lobeserhebungen laut, aber dahinter stand die Tatsache, daß dieser Film außerhalb Deutschlands in einer Fassung lief, die von vielen als **d e u t s c h e i n d i c h** bezeichnet worden ist. Das komplizierte die ganze Affäre noch mehr. Aber die Filmoberprüfungsstelle hat das Urteil gefällt, daß auch die für die deutsche Zuhörer- und Zuschauerenschaft zureichende Fassung das Ansehen Deutschlands schädige, — eine Entscheidung, die natürlich bei einem „Kampf um Weltanschauungen“ die unterlegene Seite kaum überzeugt. Denn in einem solchen Kampf gibt es selten ein Überreden der anderen, fast nie ein wirkliches Überzeugen. Der „Stein des Anstoßes“ ist nun hinweggeräumt und wenigstens äußerlich paßt oder wird hoffentlich recht bald örtlich und allgemein zutreffen ein „Im politischen Film nichts Neues“.

Zur Ausland ist das Wort von den „Quorelles“ „Allemand“, von den „deutschen Streitereien“, bekannt mit dem Nebenbinnen des „Streit um Kleinigkeiten und Kleinigkeiten“. Dieser Spott hat leider an Verächtlichkeit wenig verloren; ernsthafter dabei ist aber, daß wir Deutsche über diese „Quorelles“ den Blick auch dann nicht nach außen, über

## Der Reichstag geht in die Ferien

### Das Alsdorfer Rätsel vor dem Reichstag

Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Grubenkatastrophen.

OB. Berlin, 12. Dezember.

Ein merklich milderer Geist geht heute durch die hohen Hallen. Würdige Vorbereitung auf das nahende große Fest der Christenheit, auf den Tag, an dem alle Welt die Liebe und die verzehrende Güte in den Vordergrund der Empfindungen zu stellen gewohnt ist, wandelt durch den Saal.

Zwar sind nicht alle Gegenseite abgeschlossen und die Debatte über die Hilfsmaßnahmen zum schrecklichen Grubenunglück von Alsdorf geht nicht zu Ende, ohne explosive Zusammenstöße zu bringen. Dabei wird nicht mit herabschließenden Vergleich aus dem Tierreich gepart, und einmal muß der Präsident zu der Geißel der Ordnungsrufe greifen. Die Bergwerksunternehmer müssen sich manches harte Wort von der eingeschlenen Rechten sowohl wie von der scharfen Opposition zur Linken gefallen lassen. Abwehr und Verteidigung wird ihnen von den gemäßigten Gruppen gebracht.

Die Kommunisten haben Winterbeihilfen für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner beantragt. Der Haushaltsausschuß konnte sich damit nicht befreunden. Rückschlüsse in dieser Sache sind die Antragsteller lediglich bei ihren Antipoden, den ihnen sonst so ziemlich in allen Fällen widersprechenden Nationalsozialisten. Über den Tropfen Wermut mischen in die Klänge jene Erwägungen, welche meinen, mit Wünschen werde seinem Bedürftigen geholfen, die Möglichkeit des Handeins müsse geprüft und fennlicht gemacht sein. Der gute Wille allein kann nichts machen. Dem sozialen Gedanken muß die Ausführbarkeit an die Seite treten, sonst bleibt er ohne Früchte. Die Winterbeihilfe wird dann auch abgelehnt, das Hilfswort für die Grubenarbeiter genehmigt, auch den bayerischen Hochwassergebürgten soll Bestand werden.

Damit sind die Geschäfte erledigt und der Präsident kann die Volksvertreter, wenn auch einige Arbeitswille sie noch morgen befragen möchte, in die Weihnachtsferien entlassen. Diese sollen bis zum 3. Februar dauern. 10.

### Sitzungsbericht.

(14. Sitzung.) OB. Berlin, 12. Dezember.

Vor Beginn der Verhandlungen erhebt Abg. Torgler (Komm.) Einspruch, weil der Bericht des Ausschusses über die Wirtschaftlichwerbilligung nicht auf der Tagesordnung steht. Präsident Lohde erwidert, der Gegenstand sei abgelehnt worden, weil er im Januar nochmals den Haushaltsausschuß beschicklichen werde und gegenwärtig im Reichstag kein bestimmter Beschluß zu erwarten sei. Es kommen nun zunächst die Hilfsmaßnahmen wegen der

**Grubenkatastrophe in Alsdorf**

zur Sprache. Zur Unterstützung der Betroffenen und bei anderen Unglücksfällen verunglückter Bergarbeiter des Ruhrreviers sollen zunächst nach den Ausschlußbeschlüssen zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

**Reichsarbeitminister Dr. Stegerwald:**

Die preussische Verwaltung hat alle Kräfte angespannt, um die Ursachen der Grubenkatastrophe in Alsdorf zu erforschen. Die Untersuchung ist sehr erschwert worden durch die bei dem Unglück angerichteten Zerstörungen und durch die Art der Explosion, die ohne Beispiel in der Geschichte der Grubenkatastrophen ist. Für die Hinterbliebenen der Opfer ist von der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung schnelle Hilfe geleistet worden. Dazu sind von privater Seite, auch aus dem Ausland, viele Spenden gekommen, deren Betrag jetzt schon

1,5 Millionen Mark überschreite.

In der Angelegenheit der Benzoesäuregrube bei Neurode sind Verhandlungen im Gange. Wenn die Stilllegung der Grube vermieden werden soll, müssen Umstellungen vorgenommen werden. Der Minister beschäftigt sich dann auch mit dem Unglück auf der Makhacharube bei Saarbörchen. Auch in diesem Falle seien von öffentlichen und privaten deutschen Stellen Spenden in großem Umfang für die Hinterbliebenen der Opfer eingegangen. Der Bergbau sei durch die großen Katastrophen der letzten Zeit

vor neue Probleme der Unfallverhütung gestellt worden.

Abg. Hufemann (Soz.) erklärt, der ganze niederschlesische Steintohlenbergbau sei im Sterben. Deshalb seien Hilfsmaßnahmen in größerem Umfang notwendig. Bei der Alsdorfer Katastrophe habe jetzt schon fest, daß es sich um eine Kohlen-

haus- und Schichtarbeiterproportion unter Tage gehandelt habe. Es müsse auch festgestellt werden, daß auf der Grube Alsdorf und den übrigen Gruben des Schweizer Vereins ein sübl. Antreibersystem herrsche. Der Redner verlangt die baldige Vorlegung eines Reichsberggesetzes.

Staatssekretär Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium erklärt zu den Anträgen auf Weiterführung der Benzoesäuregrube, die Reichsregierung liege in Verhandlungen mit der preussischen Staatsregierung, um einen Weg zu finden, bei dem die Stilllegung der Grube vermieden werden könne.

Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.): Eine der Ursachen der Alsdorfer Katastrophe ist die große Ausbeutung der Bergarbeiter. Die tatsächlichen Körper der Reparationen betrieben haben. Ein großer Teil des deutschen Bergbaues sei dem französischen Kapital ausgeliefert.

Abg. Fiorin (Komm.): Das kapitalistische System ist an den großen Grubenkatastrophen schuld.

Ministerialrat Nothher vom preussischen Grubenwerksamt: Die Explosion in Alsdorf ist ganz besonders rätselhaft. Alle bisherigen Erklärungsversuche haben die Untersuchung noch nicht einen Schritt weitergeführt. Warum das Unglück diese Ausmaße angenommen habe, wisse bisher kein Mensch. (Abg. Hordke (Komm.): Dann schieben Sie sich zum Teufel, wenn Sie das nicht wissen! — Der Rufer erhält einen Ordnungsruf.) Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Abg. Kuhnert (Ztr.): Weniger beachtet als solche großen Katastrophen würden die vielen Opfer, die Tag für Tag aus den Reihen der Bergarbeiter in den Gruben fallen. Die Nationalisierung im Bergbau sei übertrieben worden auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter.

Abg. Frehr von Freyberg-Vorsänger (Ztr.) beantragt den Antrag seiner Partei auf Weiterführung der Benzoesäuregrube.

Abg. Albrecht (Dt. Vp.): Zu bebauern ist es, daß solche Katastrophen parteipolitisch ausgewertet würden. Von den Kommunisten sei man das gewohnt, gegenwärtig versuchen aber auch die Nationalsozialisten, auf diesem Gebiet mit den Kommunisten zu rivalisieren. (Abg. Dr. Ley (Nat.-Soz.): Das ist ja gelogen! — Präsident Lohde ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung.) Der Nationalsozialismus ist ein hebräisches Kleid, aber durch nichts wird dieses hebräische Kleid mehr beschmutzt als durch ...

### Ein Zwischenfall.

Die letzten gegen die Nationalsozialisten gerichteten Worte werden übertrumpft durch laute Protestrufe der Nationalsozialisten: Ihr Aktienkapital und Ihre Profitwirtschaft! Als der Redner fortfährt, Dr. Ley mache seinem Namen Ehre und sei ein vollstündiger Parteimitglied, antwortet Dr. Ley: Sie Brüllenstange! Präsident Lohde ruft den Abg. Dr. Ley zum drittenmal zur Ordnung und weist ihn unter Protest der Nationalsozialisten aus dem Saal. (Der Präsident erteilt mehrere Ordnungsrufe.)

Abg. Bürger (Nat.-Soz.): Benigne Tage nach der Alsdorfer Katastrophe hat in der Deutschen Bergwerkszeitung gestanden, die Wunden der Grube seien bis 1941 nicht geschlossen. Der Mensch, der so etwas schreibt, während noch die Wälder und die Frauen um die Opfer weinen, der Mensch, der da nur an Profit denkt,

gehört ins Zuchthaus.

Mein Vater war Grubenbeamter und bei einem Streik wurden auf den stillen Druck des Generaldirektors Aktien von Beamtenföhne gezwungen, zur Berrichtung der Notstandarbeiten in die Grube zu fahren. Ich war damals 18 Jahre alt, mein Bruder, der zum erstenmal in die Grube fuhr, 15. Mein Bruder wurde nach zweistündiger Arbeit in der Grube durch den plötzlich weggerissenen Förderkorb in drei Stücke zerissen. Mein Vater, der seinen Sohn geopfert hat, hat von diesem Generaldirektor kaum ein Wort der Anerkennung gehört.

Abg. Perlitius (Ztr.): Wir haben das Vertrauen zur Reichsregierung, daß sie die Verhandlungen wegen der Benzoesäuregrube zu einem Erfolge führen werde, der eine Stilllegung vermeide.

Abg. Limberg (Soz.): Ein Antreibersystem im deutschen Bergbau wird nicht festzustellen sein. Es sei aber so groß, daß man auch an der Ruhr ähnliche Katastrophen alle Tage befürchten müsse.

Die Abstimmungen werden zunächst zurückgestellt. Es folgt dann die Beratung der kommunistischen Anträge auf

**Auszahlung von Winterbeihilfen**

an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner. Der Ausschussantrag, die Winterbeihilfe abzulehnen, wird in namentlicher Abstimmung mit 281 gegen 183 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Landvolks angenommen.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen über die Anträge wegen der Grubenkatastrophen. Die Ausschussentscheidung wird angenommen mit der Maßgabe, daß die Hilfsaktion auch auf die Makhacharube zu ausgedehnt werden soll. Desgleichen wird der deutschnationalen Antrag angenommen, der sich gegen die Stilllegung der Benzoesäuregrube wendet, ferner der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung eines

über die Kommissionsarbeiten“ niedergelegt wurden und dann als „letzte Chance“ auch vor die künftige große Ab-rüstungskonferenz gelangen müssen, — wenn diese überhaupt zustande kommt. Vorläufig aber war das Resultat nur Ausrüstungsfreiheit unbeschränkter Art für die „Sieglerstaaten“ und unveränderte, unveränderliche Ausrüstungsbeschränkung der Unterlegenen. Für die Kommission, vor allem aber für das Problem überhaupt, das sie zu behandeln hatte, gilt seit mehr als zwölf Jahren: „Von der Weltabrüstung — nichts Neues.“ Dr. Fr.